

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LANDESVERBAND BERLIN

Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin
Kommandantenstraße 80 10117 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft und Landesverband Berlin-
Brandenburg Psychiatrie-Erfahrener e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

**Betr.: Überarbeitung des Berliner PsychKG hinsichtlich der UN-
Behindertenrechtskonvention**

Berlin, 31. Mai 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bundesarbeitsgemeinschaft und
lieber Berliner-Brandenburger Landesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.,

vielen Dank für Ihr Schreiben.

Es ist juristisch unumstritten, dass sich die UN-Behindertenrechtskonvention auch auf psychisch erkrankte Menschen bezieht. Im Hinblick auf das Berliner PsychKG wird dies sicherlich eine Überarbeitung notwendig machen hinsichtlich der Vorschriften für Zwangsbehandlungen und -medikationen, mehr Aufklärung über Nebenwirkungen, einen besseren Schutz der Privatsphäre von Psychiatrie-PatientInnen etc.

Hierzu setzen wir uns für ein transparentes Verfahren ein, in dem die Vereinbarkeit von Landesgesetz und UN-Behindertenrechtskonvention unter Einbeziehung von Sachverständigen, Betroffenen und den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses erörtert und in der Folge dann das Berliner PsychKG entsprechend verändert wird.

Es wird aber u.E. keine in Ihren Augen vollständig befriedigende Lösung geben, denn selbst KritikerInnen halten in Fällen von Selbst- und Fremdgefährdung die Möglichkeit der Zwangsunterbringung für unverzichtbar.

Bündnis 90/Die Grünen

Bettina Jarasch und Daniel Wesener
Landesvorsitzende

Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin
T +49 (0)30 615005-0
F +49 (0)30 615005-99
Landesvorstand@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de

Bündnis 90/Die Grünen
Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin
www.gruene-berlin.de

Bankverbindung
Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00
Konto 079 000 3376

Internationale Bankverbindung
IBAN: DE10 1005 0000 0790 0033 76
BIC: BELA2E33XXX

Fahrverbindungen
U Linie 2: Spittelmarkt
Buslinien M48, 265

Seite 2 von 2

Für unabdingbar halten wir, dass in psychischen Krisensituationen in allen Phasen der Krise und Erkrankung die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte geachtet werden müssen. Dieses muss auch für die Ausübung der ordnungsrechtlichen Funktion der Psychiatrie und für Betreuungen gelten. Massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte wie Fixierung, Isolierung, Zwangsmedikation und Disziplinierungsformen lehnen wir ab.

Schwerpunkte unserer zukünftigen politischen Arbeit in diesem Bereich sind die Umkehrung von der stationären Versorgung hin zu einem wohnortnahen Angebot, die den Betroffenen eine, soweit individuell möglich, selbstbestimmte Lebensführung erlaubt, ambulante und stationäre Hilfen miteinander verzahnt und ein Hilfe- und Unterstützungsangebot schafft, das den individuellen Problemlagen und persönlichen Bedürfnissen gerecht wird.

Angebote und Hilfen für psychisch erkrankte Menschen müssen nach unserer Ansicht weiter verbessert und noch oft bestehende Zugangsbarrieren zum Hilfesystem überwunden werden.

Ein besonderes Augenmerk muss dabei in der Versorgung von Kindern- und Jugendlichen liegen. Die Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie gilt es zu verbessern und mit der Jugend- und der Suchthilfe stärker zu vernetzen. Auch die Verbesserung der Situation von psychisch Erkrankten im Arbeitsleben ist ein weiterer Schwerpunkt, den es möglichst rasch umzusetzen gilt.

Mit freundlichen Grüßen,

Bettina Jarasch und Daniel Wesener